

In der Senatssitzung am 10. Mai 2022 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

10.05.2022

L 3

2. Neufassung

Vorlage für die Sitzung des Senats am 10.05.2022

„Schließung von Post- Bank- und Sparkassenfilialen benachteiligt Seniorinnen und Senioren“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die zunehmende Schließung von Post-, Bank- und Sparkassenfilialen sowie die teilweise Umwandlung in reine Automatenstandorte in Bremerhaven und Bremen hinsichtlich der gleichberechtigten Teilhabe von älteren und eingeschränkten Personen an Post- und Bankdienstleistungen?
2. Welche Unterstützungsmaßnahmen für ältere und eingeschränkte Personen zur gleichberechtigten und sozialen Teilhabe, Erreichbarkeit und Bedienbarkeit dieser Dienstleistungen hält der Senat für erforderlich?
3. Welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen leistet oder plant der Senat?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Bereits im Lockdown der Corona-Pandemie zeigten sich die spürbaren Auswirkungen von Filialschließungen insbesondere für Menschen mit Beeinträchtigungen und ältere Menschen im Land Bremen. Es brach das gewohnte, als wichtig bewertete Gespräch am Schalter weg, wodurch sich Isolation und Einsamkeit verstärkten. Diese persönlichen Kontakte werden im Zuge der Digitalisierung und zunehmenden Kosteneinsparung weniger. Zudem entfallen damit von jetzt auf gleich für diese vulnerablen Zielgruppen die Möglichkeiten für ihre Bankgeschäfte.

Der Trend zur Einsparung des Zweigstellennetzes von Bank- und Postfilialen wird sich verstärken und unterliegt nicht dem untermittelbaren Einfluss der Politik. Aus Sicht des Senats sind Automaten oder Supermarktkassen kein ausreichender Ersatz, um Bankgeschäfte durchzuführen und Geld zu erhalten. Kompliziertere Vorgänge wie Überweisungen sind ihnen dadurch meist gar nicht mehr möglich. Zudem haben zahlreiche Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern bei Quartiersbesuchen, in Bürgersprechstunden, in Beiräten, auf Bürgerversammlungen oder inkonkreten Zuschriften von Bürger:innen verdeutlicht, dass insbesondere auch die Anzahl und die räumliche Verteilung von Bargeldautomaten als unzureichend beurteilt werden und sich viele Menschen massiv in der Durchführung ihrer Geldgeschäfte, insbesondere der Bargeldversorgung, eingeschränkt sehen.

Sparkassen und die Deutsche Post sind jedoch auch dem Gemeinwohl verpflichtet und zählen zur Daseinsvorsorge. Es ergeben sich daraus Verpflichtungen, Filialen einerseits vorzuhalten, solange nicht gesichert bzw. sogar nachgewiesen ist, dass alle Menschen zumindest digitalen Zugang haben, und andererseits eine ausreichende und gut erreichbare Infrastruktur für finanzielle Dienstleistungen, insbesondere Geld- und Überweisungsautomaten, zu sichern.

Die Städte Bremen und Bremerhaven weisen eine andere Versorgungslage als der ländliche Raum auf. Dennoch stellt sich die Frage, wie die Versorgung und Teilhabe von älteren Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen gesichert werden kann. Das Gefühl von „Abgehängtsein“ im Quartier und „nicht gesehen werden“ macht sich auch an einem dünneren Filialnetz von Post und Banken fest und ragt auch über die hier genannte Zielgruppe der älteren und eingeschränkten Personen, die darunter zweifelsfrei besonders leiden, hinaus. Gleichwohl ist der Trend der Digitalisierung nicht aufzuhalten, nur muss im Wandel die Aufmerksamkeit bei Menschen bleiben, die nicht folgen können.

Zu Frage 2 und 3:

Um die Versorgungslücken der älteren und Menschen mit Beeinträchtigungen aufzufangen, ist in erster Linie die Wirtschaft, also das Banken- und Postfilialnetz gefordert. So hatte unter anderem das Postprojekt gezeigt, dass kein Bedarf für kostenpflichtige Geldzustellung besteht. Der Senat vertritt in Gesprächen mit den Unternehmen die Interessen der Bürger:innen und weist auf notwendige Bedarfe hin, um Teilhabe in den Sozialräumen zu ermöglichen. Im März 2022 hat sich der Senat hierzu per Schreiben an verschiedene Banken und ihre Verbandsvertretung gewendet, mit dem Ziel, die Banken und Finanzdienstleister für die Problematik in der Stadtgemeinde Bremen zu sensibilisieren. Der Senat beabsichtigt, diesen begonnenen Dialog mit den verschiedenen Bankhäusern im Sinne der Bürgerinnen und Bürgerfortzuführen.

Daneben kann das Land Bremen unterstützend tätig werden für Menschen, die Hilfe benötigen. Nicht alle sind gleichermaßen vom Wandel in der Digitalisierung betroffen. Viele Menschen verfügen über ausreichende Ressourcen, um der Umstellung aus eigener Kraft oder mit Unterstützung aus dem familiären, nachbarschaftlichen Umfeld zu folgen. Dort, wo Hilfe nötig und gefragt ist, haben sich in den letzten Jahren zunehmend die Angebote der Träger angepasst. Begleitet über das Netzwerk Digitalambulanzen vermitteln z. B. Begegnungszentren digitale Kompetenzen an Senioren und bilden darüber hinaus Digitallots:Innen aus. Sie bieten PC- und Handyskurse zur Vermittlung des Know-hows und der ersten, grundsätzlichen Heranführung, sowie einen begleitenden Support für Problemlösungen und aufkommende Fragestellungen an.

Der Senat erachtet digitale Bildung als entscheidend, damit ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen an digitale Medien herangeführt und begleitet werden. Der Senat fördert dafür verschiedene Programme und Angebote von sozialen Trägern aus der offenen Altenhilfe und dem Landesprogramm Lebendige Quartiere.

Zudem wird die Anschaffung der Hardware investiv gefördert und in die Infrastruktur investiert, wie am Beispiel der Begegnungszentren. In den Zentren wird derzeit flächendeckend WLAN eingerichtet, um den Zugang und die Unterstützung im Umgang mit digitalen Endgeräten zu gewährleisten.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Die Auswirkungen des digitalen Wandels und des Abbaus von Filialnetzen im Banken- und Postbereich betrifft die Menschen geschlechterübergreifend. Soweit

geschlechtsspezifische Sachverhalte berührt sind, wurden diese bei der Beantwortung berücksichtigt.

E. Beteiligung / Abstimmung

Der Antwortentwurf ist mit der Senatorin für Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 04.05.2022 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.